

## Buchbesprechungen

*Glenn, H. Patrick: Legal Traditions of the World. Sustainable Diversity in Law*, 4. Aufl., Oxford: Oxford University Press (2010). ISBN 9780199580804. XXVIII, 418 S. € 41,99

Recht ist lebendige Kulturgeschichte. Kaum jemand vertritt und verkörpert diese Einsicht in die historische und kulturelle Relativität des Rechts so wie *H. Patrick Glenn*, der seit 1971 an der McGill University in Montreal lehrt. Rechtsvergleichung versteht *Glenn* als eine genealogische Nachzeichnung der Überlieferung – eine Methode, die ihren Gegenstand “nicht belehren will”, sondern sich im Gegenteil “von ihm belehren lässt”: “Learning about tradition is taken to be a process of learning from traditions” (S. XXVII). Die Identifizierung und Typisierung dieser Traditionen ist jedoch kein bloßes Prolegomenon für internationale Rechtskunde, sondern dient in letzter Instanz dem transkulturellen Rechtsfrieden. Diese humanistische Perspektive des Autors auf das Recht wurde im Sommer 2011 noch verdeutlicht, als *Glenn* den Cours Général der Haager Akademie für Internationales Recht zum Internationalen Privatrecht mit dem Titel “Conciliation des lois” versah (dazu *Weller*, IPRax 2012 [im Erscheinen]).

Die erste Auflage der hier besprochenen Untersuchung, die neben “On Common Laws” (Oxford University Press, 2005) als das Hauptwerk des Autors gelten darf, erschien zuerst im Jahr 2000 und wurde von der Internationalen Akademie für Rechtsvergleichung mit dem “Grand Prize” ausgezeichnet. In der vierten Auflage bringt der Autor nicht nur die Nachweise des Buchs auf den neuesten Stand und gibt der durch die Voraufagen ausgelösten Kritik Raum, sondern lässt den Leser auch an seinem eigenen – angesichts der Fülle der bereits gewonnenen Einsichten besonders hervorzuhebenden – rechtskulturellen Erkenntnisfortschritt teilhaben. Die wesentliche Struktur des Werkes ist freilich gleichgeblieben. Nach einleitenden Überlegungen zum Begriff der Tradition in den ersten zwei Kapiteln (S. 1-60) identifiziert der Autor kapitelweise sieben Rechtstraditionstypen: Auf die chthonische (S. 61-98), die talmudische (S. 99-132), die kontinentaleuropäische (S. 133-179) und die islamische (S. 181-236) Rechtstradition folgt diejenige des common law (S. 237-287), woran anschließend die hinduistische (S. 288-318) und konfuzianische (S. 319-360) Rechtstradition mit jeweils einem Kapitel behandelt werden. Im zehnten, abschließenden Kapitel (S. 361-385) beschäftigt sich der Autor mit der Vereinbarkeit der verschiedenen Traditionstypen untereinander.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein integratives Traditionsverständnis, das nicht nur eine Vielzahl verschiedener Traditionen als gleich-

ZaöRV 72 (2012), 657-669

wertig anerkennt, sondern zugleich den Traditionsbegriff selbst relativistisch öffnet. So führt *Glenn* etwa im Anschluss an *Karl Popper* das teilweise in der Literatur verfolgte Streben nach einer allgemeinen *Theorie* der Tradition auf ein in der abendländischen Welt wurzelndes rationalistisches Systemdenken zurück, das seinerseits lediglich einen Öffnungsmechanismus eben dieser Geistestradiation darstellt und sie somit entgegen seinem metaphysischen und damit wohl auch metatraditionellen Anspruch nicht transzendiert (vgl. S. 3 f., 20 f.). Dem setzt der Autor einen Traditionsbegriff entgegen, in dessen Zentrum Information und Kommunikation stehen. Tradition ist die fortlaufend neu be-griff-ene – *Glenn* verwendet das Wort “capture” (S. 7, 15 ff.) – und dadurch vergegenwärtigte Vergangenheit, die in iterativen Verhaltensweisen zwar ausgedrückt wird, aber nicht darin aufgeht: “If there is a traditional way of doing things, the tradition is in the way and not in the doing.” (S. 14). Tradition ist daher nicht schon aus sich selbst heraus mit Kontinuität gleichzusetzen, sondern kann im Wege einer (Neu-)Erfindung der Vergangenheit (vgl. *Jayme*, *Pólemos* 2/2010, 119 (120) m.w.N. in Fn. 5) ebenso gut den Bruch mit dem Althergebrachten überbrücken. Das Verhältnis zu Zeit und Wandel ist damit selbst ein wesentlicher Teil jeder Tradition (S. 27). Aus der schlichten Informationsbasiertheit jeder einzelnen Tradition folgert *Glenn* zudem, dass prinzipiell, auf ontologischer Ebene, jede Tradition mit jeder anderen in Einklang zu bringen ist (S. 39). Konstituens einer diskreten Traditionsgemeinschaft ist daher immer eine Erkenntnis – oder vielleicht genauer: Zurkenntnisnahme –, das heißt Kommunikationsgemeinschaft (“epistemic community”, S. 42 ff.). So erklärt der Autor einerseits das Bestreben von Staaten, Kommunikationsmittel zu monopolisieren (S. 44), und zeigt andererseits die Vergeblichkeit dieses Unternehmens angesichts der nahezu unmöglichen Kontrolle von Information auf (S. 53). Dabei sieht *Glenn* den Staat selbst als Traditionsprodukt des westlichen rational-konstruktiven Systemdenkens. Die Pointe dieser Staats-tradition liegt darin, dass sie wegen ihres systemischen Allheits- und Wahrheitsanspruchs sich notwendigerweise nicht auf einer Ebene mit anderen Traditionen verstehen kann und diese daher unterbinden und verdrängen muss: “The system of the state cannot tolerate the possibility of other systems within it.” (S. 55). In Form des privaten Kollisionsrechts und des Verfassungsrechts entwickelt der westliche Staat deshalb interaktive Ordnungssysteme, beide die fundamentale Dialektik austarierend, dass sie, obwohl aus der staatseigenen Quelle stammend, fremde Rechtstraditionen mit der eigenen vermitteln sollen.

Die zuletzt geschilderte Argumentationslinie, Rechtsbegriffe, die als traditionsübergreifende Systembegriffe im Sinne metaphysischer Anfangs-

gründe der Rechtslehre (*Kant*, *Metaphysik der Sitten*, A IV) firmieren, wieder in der Immanenz ihrer eigenen Überlieferung zu betrachten, bildet einen Wesenszug der gesamten Arbeit. Mit besonderer Deutlichkeit tritt dies hervor, wenn *Glenn* die kontinentaleuropäische Rechtstradition einer Fundamentalanalyse ihrer gedanklichen Grundlagen unterzieht. Diese findet der Autor in dem logischen Gesetz des Nicht-Widerspruchs, das er mit dem Gesetz der ausgeschlossenen Mitte, also einem Prinzip der Schwarz-Weiß-Betrachtung gleichsetzt und *Aristoteles* zuschreibt (S. 153). Hierin sieht er das Fundament für den bivalent (A oder – A) denkenden *mos geometricus* der Pandektistik sowie die Begriffsstrenge und Begriffsfixierung der kontinentalen Kodifikationssysteme und zugleich den wesentlichen Unterschied etwa zur talmudischen Rechtstradition, die Raum für mehrere Wahrheiten nebeneinander lasse (vgl. S. 119 f.).

Zugleich erkennt *Glenn* aber innerhalb der begrifflichen Rigidität des kontinentalen Rechtsdenkens die Rechtsvergleichung als zentralen Motor der Rechtsentwicklung: Denn durch die Sammlung und Aufbereitung fremder Rechtsinformationen werden diese Teil der eigenen Rechtstradition (S. 172 f.). An diesem Beispiel verdeutlicht sich der Fluchtpunkt von *Glenns* Argument, den er abschließend expliziert. Die Stärke einer anhaltenden Rechtstradition besteht in der inneren Komplexität, kraft derer sie auch scheinbar gegensätzliche Subtraditionen miteinander zu vereinbaren vermag: “The largest, major traditions would therefore be large and major because of their complexity.” (S. 366, vgl. auch S. 379). Die zentrale Aufgabe gerade des kontinentaleuropäisch erzogenen Juristen besteht also darin, sich eine ausreichende transnationale Rechtskenntnis anzueignen, um in der scheinbar anderen und fremden Rechtstradition durch Vergleichung das Gemeinsame zu erkennen und so potentiellen Konfliktstoff auf ein Mindestmaß zu reduzieren (S. 371, 379). Denn: “If something is known to be out there, it is already here.” (S. 374). Internationale Rechtskunde beschreibt also nicht lediglich bestehende Unterschiede, sondern hebt sie durch informative Vermittlung zugleich auf. Dies geht nach Ansicht des Autors weit über bloße Toleranz hinaus, die gedanklich bei sich bleibt, das andere also zwar zulässt, aber nicht an- und aufnimmt. Erst das auf Kenntnis beruhende Anerkennen des anderen führt zu einer gewaltfreien und damit nachhaltigen Koexistenz mit ihm.

Mit seiner Untersuchung leistet *Glenn* einen breit informierten und engagierten Beitrag zur Transnationalisierung und Transdisziplinarisierung der juristischen Forschung. Kundig und besonnen überschreitet er eingespielte Diskursgrenzen zwischen öffentlichem und privatem, nationalem und internationalem, positivem und ideellem Recht. Im Schwung seiner erfri-

schenden wissenschaftlichen Begeisterung, den das gesamte Werk atmet, verfängt sich der Autor freilich teilweise in Thesen, die jedenfalls in ihrer lakonisch-apodiktischen Darstellung zum Widerspruch herausfordern. So bleibt beispielsweise die Zurückführung der kontinentaleuropäischen Rechtstradition auf *Aristoteles* in mehrfacher Hinsicht wenig überzeugend: Erstens besteht ein wesentlicher Unterscheid zwischen dem Satz vom Nicht-Widerspruch, der sich tatsächlich bei *Aristoteles* findet (Lehre vom Satz, 6. Kapitel, 17 a), und der darüber hinausgehenden Behauptung der vollständigen Erfassung des Gegenstands mit zwei kontradiktorischen Aussagen, welcher dazu führt, dass sich alles unter die bejahende oder verneinende These, A oder – A, einordnen lassen können muss. Es ist vielmehr gerade *Aristoteles*, der zwischen einer Allaussage (“Jeder Mensch ist weiß”) und deren konträren Verneinung (“Jeder Mensch ist nicht weiß”) noch beträchtlichen Raum für Drittpositionen lässt (etwa: “Die meisten Menschen sind weiß”) (Lehre vom Satz, 7. Kapitel, 17 b). Ausgerechnet ihn, den Begründer der Mesoteslehre (Nikomachische Ethik, 1107 a ff.), die in der Mitte sogar den Wesensbegriff der Tugend sieht, also beispielsweise dem Gegensatz von Furcht und Zuversicht den Mut als ideale Mitte entgegenstellt, für eine Theorie der “excluded middle” (S. 153) ins Feld zu führen, vermag nicht zu überzeugen. Wenn *Glenn* diese These dann zweitens dahin weiterentwickelt, das BGB sei deshalb “very Greek, which may also be why it has been very influential in Greece” (S. 153 f.), deckt sich dies nicht mit den historischen Erkenntnissen. Die breite Rezeption des BGB – neben den schweizerischen, französischen und italienischen Kodifikationen – für das am 23.2.1946 in Kraft getretene griechische Zivilgesetzbuch basiert im Wesentlichen auf seiner Nähe zum römischen Recht. Bezeichnenderweise wird die griechische Kodifikation gemeinhin als “mittlerer Kurs” zwischen deutschem und schweizerischem Recht angesehen, der sich von der “abstraktbegrifflichen Diktion des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelöst hat” (*Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung (3. Auflage 1996), S. 157). Des Weiteren vermisst der interdisziplinär interessierte Leser allgemein eine stärkere Synchronisierung der behandelten Argumente mit der Sprach- und Rechtsphilosophie. So wirft *Glenn* Grundprobleme des Regelfolgens auf, also der Frage, was normative Regelmäßigkeit von deskriptiver Regelmäßigkeit unterscheidet (zum Beispiel: S. 22), ohne aber auf *Ludwig Wittgenstein* (Philosophische Untersuchungen, 1953) und *Saul A. Kripke* (Wittgenstein on Rules and Private Language, 1982) als *locus classicus* der Debatte einzugehen. Dasselbe gilt für das Problem der begrifflichen Vagheit im Recht, das *Glenn* mit sich nicht aufdrängenden Analogien zur *Heisen-*

*berg'schen* Unschärferelation (S. 369 f.), aber ohne jeden Verweis auf *Timothy A. O. Endicott* (*Vagueness in Law*, 2000), behandelt.

Insgesamt verdient die materialreiche Behandlung des globalen Rechtsdenkens in einem einzigen Band jedoch nachdrücklichen Beifall. Das Buch wird die internationale Diskussion auch in seiner vierten Auflage weiter prägen und zählt zur Pflichtlektüre jedes rechtsvergleichend interessierten Juristen. Dabei zeichnet es sich auch durch seine optimistische Grundhaltung aus, die – wie sein Autor – unerschütterlich von der Überzeugung be-seelt ist, dass auf lange Sicht nur globales Verstehen zu globalem Verständnis führt. Dies gilt auch für den Staat als Institution. In der jüngeren Rechtsentwicklung macht *Glenn* eine wachsende pluralistische Öffnung der Staatsidee aus (S. 57 f.). Das Staatsterritorium, im Deutschen bezeichnenderweise als Gebiet, mithin als Ort des unilateralen Gebietens übersetzt (vgl. *Kluge*, *Etymologisches Wörterbuch*, 24. Aufl., S. 335), gerät zum Forum, in dem durch die explizite Anerkennung sozialer Identitäten und durch innerstaatliche Kollisionsregeln verschiedene Traditionen miteinander in Einklang gebracht werden. Ist demnach die Epoche des freiheitsbedrohenden Staates beendet, das von *John Ely* und anderen beschworene Miss-trauen hinsichtlich des Schutzes kultureller Minderheiten obsolet? Hin und her gerissen zwischen Sympathie und Skepsis ist man, selbst insoweit man den Befund des Autors gegenwärtig in einigen Staaten bestätigt sieht, geneigt zu sagen: *Pourvu que ça dure!*

*Chris Thomale*, Freiburg

**McAdam, Jane (ed.): Climate Change and Displacement. Multidisciplinary Perspectives.** Oxford, Portland/Oregon: Hart Publishing, 2010. ISBN 978184946038-5. xvi, 258 S. € 57,99

Einer Meldung vom 3.2.2012 zufolge erklärte der Präsident des pazifischen Inselstaates Palau, sein Land und andere "island nations" hätten ein "expert advisory committee" gebildet "to bring the issue before the U.N. General Assembly. That would allow the world court in the Hague to determine the legal ramifications of climate change under international law". Die Aussage ist wenig klar, vielleicht verkürzt, zeigt aber die Aktualität des Themas.

*Michael Gerrard*, Director des Center for Climate Change Law an der Columbia University und Mitglied des Beratungsgremiums, wird dort mit der Äußerung zitiert: "the idea is to have a court determination compelling developed nations to control emissions of the greenhouse gases believed to cause global warming in the absence of an international treaty", und weiter: "the big emitter nations could then be found liable under the international

ZaöRV 72 (2012)

law principles of transboundary harm, when physical activities in one country impact adversely upon another, and the preservation of statehood — something that becomes exceedingly difficult if a country is submerged between the rising ocean”.

Der von *McAdam*, einer australischen Juristin, herausgegebene Sammelband spricht diesen Aspekt (noch) nicht an. Schon in ihrer Einführung hebt sie allerdings “the need for continuing interdisciplinary work on climate change and human movement” (S. 8) hervor, eine notwendige “true interdisciplinarity” (S. 4), zu dem alle hier versammelten zwölf Beiträge eine solide Basis liefern – freilich im Wesentlichen noch auf dem Diskussionsstand von vor der Kopenhagener UN-Klimakonferenz im Dezember 2009.

Dass die überwiegende Zahl der Autoren aus Australien und Neuseeland stammt bzw. dort wirkt, führt zu einem geographischen Fokus auf den Pazifik und asiatische Küstenstaaten, ohne dadurch jedoch zugleich die Problemsicht zu verengen.

Zunächst befasst sich *Hugo* mit “Climate Change-Induced Mobility and the Existing Migration Regime in Asia and the Pacific”. Die mit zahlreichen Tabellen angereicherte Analyse sieht den Klimawandel als “one of a number of elements impinging upon mobility and non-mobility” (S. 9), prognostiziert jedoch einen künftig größeren Einfluss auf “migration patterns” (S. 31). Angedeutet wird, dass Staaten der asiatisch-pazifischen Region nur vereinzelt “key international migration instruments” ratifiziert hätten; auf längere Sicht sei die Schaffung eines “international treaty on climate change-forced migrants” ein “worthy and important enterprise” (S. 31). Dabei könne auf bereits bestehende Regelungen in Neuseeland und Australien aufgebaut werden (S. 34, 35).

*Barnett* und *Webber* erörtern dann “opportunities and limits” von “migration as adaptation”. “Environmental migration” sei ein komplexes und noch relativ unbekanntes Phänomen (S. 39). Migration finde vor allem bei unteren Mittelschichten statt (S. 41); eine endgültige “relocation” werde bisher regelmäßig als “strategy of last resort” angesehen (S. 53). Etwas missverständlich wird in den Schlussfolgerungen festgehalten “that climate-induced migration in the near future will be almost a developing country problem” (S. 55); trotzdem aber die finanzielle und menschenrechtliche (Mit-)Verantwortung der Industriestaaten erwähnt.

*Campbell* widmet sich “the meaning and importance of the land” bei einer “Climate-Induced Community Relocation in the Pacific”. Die spezifische, vielfältige Beziehung des Einzelnen zu seinem “land” müsse sowohl im Hinblick auf den Verlust, als auch den Erwerb und die Nutzung neuen Landes bedacht werden (S. 57). Der Autor beleuchtet drei Fälle von interner

wie internationaler "relocation" näher. Er kommt zu dem Schluss, dass in extremen Szenarien das Schicksal von Zwangsumsiedlern in mancher Hinsicht noch hoffnungsloser sei, als das von normalen Flüchtlingen (S. 79).

Kälin unternimmt es, "Climate-Induced Displacement" zu konzeptualisieren. Er bezieht sich allein auf das "involuntary movement of people" (S. 81) und unterscheidet drei Arten von Herausforderungen: in Bezug auf Ursachen – "mitigating climate change", auf Wirkungen – "reducing risks created by climate change and vulnerabilities caused by it", und auf Folgen – "protecting and assisting individuals displaced by the effects of climate change". Als weiterer Ausgangspunkt dienen dann "three non-controversial observations" (S. 82), nämlich "(i) climate and climate change per se do not trigger the movement of people, but some of their effects, in particular sudden and slow-onset disasters, have the potential to do so; (ii) such movement may be voluntary, or it may be forced; and (iii) it may take place within a country or across international borders". Darauf gestützt, werden fünf Szenarien skizziert – von "sudden-onset disasters" bis zu "unrest seriously disturbing public order, violence or even armed conflict" – und daraus die unterschiedliche "nature of movements and affected people" abgeleitet, etwa die Trennung von "internally displaced person" und "refugee", die Kategorie eines "environmental migrant" (S. 89 f.), das Problem der Staatenlosigkeit beim Untergang ("submersion") des Heimatlandes oder auch die Rolle des humanitären Rechts.

Die hierauf anwendbaren rechtlichen Rahmenbestimmungen werden eingehender analysiert, im Bestreben "to close the existing normative gap" zwischen nationalen und internationalen Regelungen (S. 99 ff.). Nötig seien ein "global consensus that displacement is an important aspect of adaptation, and that affected states need to be supported in their efforts to prevent climate induced-displacement, address the protection and assistance needs of the displaced and find durable solutions for them" (S. 103).

Unter dem aus dem *East Timor Case* des IGH entlehnten Motto ("it is for the people to determine the destiny of the territory and not the territory the destiny of the people"), behandelt die Herausgeberin das Verhältnis von "Disappearing States, Statelessness and the Boundaries of International Law". *McAdam* unterstreicht, dass die Hervorhebung des Gebietsverlusts als "indicator of a state's disappearance" eher "misplaced" sei (S. 106), und verdeutlicht, dass eine starke Vermutung für die Kontinuität von Staaten bestehe (S. 110 f.). Noch unklar sei, ob diese Staatenlosigkeit zur Folge habe. Erwogen wird inwieweit über einen Landerwerb eine "relocation" zustande kommen (am Beispiel von Nauru, S. 124 ff.) und ob es eine "self-governing alternative" (als Minus zur Staatlichkeit) geben könne.

ZaöRV 72 (2012)

Auch wenn es paradox anmutet: “planned and staggered migration over time” sei wohl die Option “that will offer individuals and households the most choice about when to move, and which will afford them the opportunity to establish ‘pockets’ of their communities abroad which others can join over time. It also enables potential host states to better plan for inward-movement and develop culturally sensitive policies towards those migrants” (S. 129).

Zetter zeigt – ergänzend zu Kälin – ebenfalls “conceptual challenges” auf, wie “people displaced by climate change” geschützt werden könnten – was in bisherigen Klimaabkommen ausgespart bleibe (S. 132). Auch hier wird erst der rechtliche “context” im Hinblick auf “involuntary migration and rights protection” abgesteckt und es werden zwei zentrale Aspekte hervorgehoben: “the global nature of climate change, and thus the volume and spatial distribution of the migration which this might produce; and the fact that human agency is unquestionably at the centre of climate change and, therefore, the migratory outcomes” (S. 137). Als vier konzeptuelle Herausforderungen werden genannt: die Frage der Kausalität zwischen “climate change, environmental change and migration”, Klimawandel und “forced migration”, die Typen von Vorschriften und Rechtsinstrumenten, die betroffene Menschen schützen könnten, und schließlich das Problem von “humanitarian or restorative justice”, also unterschiedlicher Formen von “responsibility” bis hin zur Finanzierung durch spezielle Fonds (S. 148). Sein Fazit: “The inclusion of environmental displacement impacts should be located in the wider policy discourse on protection, rights and security.” (S. 150)

Penz ist bestrebt, “international ethical responsibilities” zu analysieren “towards those who have been referred to as ‘climate change refugees’” (S. 151). Er befürwortet “insurance responsibilities” ohne zu verkennen, dass auch hier Komplikationen drohen. Am Ende werden allerdings reichlich vage (S. 173) Realisierungsmöglichkeiten skizziert.

Elliott konzentriert sich auf das Problem der “environmental security” (“Climate Migration and Climate Migrants: What Threat, Whose Security?”). Ihr Augenmerk liegt auf der “human security emphasis on adaptation and social resilience that provide security strategies that can address both” (S. 177). Dass das Sicherheitsrisiko in den “alten” Industrieländern als weiter weg empfunden werde als im “nahen Nachbarn” Australien (S. 184 f.) oder gar auf den pazifischen Inseln, scheint evident. Migration müsse freilich kein “destabilising factor” sein; vielmehr könne via “human securitisation” dazu beigetragen werden “securing the lives, livelihoods and, wherever possible, the lands and homes of those in the Pacific who are most vulnerable and most insecure from the threats of climate change” (S. 190).



Zwei Beiträge beschäftigen sich schließlich mit rein gesundheitlichen Fragen: *McMichael et al.* diskutieren "Health Risks and Responses" und weisen auf die hier für die WHO erwachsende Aufgabe hin (S. 218). *Longley* hebt primär auf "mental health" ab. Bedeutsam sei (im Unterschied zu früheren Naturkatastrophen) der "slow onset" (S. 237).

Im Schlusswort fragt *Castles*: "Was nun"? Nach dem enttäuschenden Resultat der Kopenhagen-Konferenz sei Anpassung "the only game in town" (S. 240). "Umweltflüchtling" sei ferner ein fragwürdiger Begriff (S. 241). Konstatiert wird dann ein "surprising lack of sound empirical evidence" (S. 243), und es werden zunehmend anerkannte Vorstellungen aufgelistet, u. a. dass nationales und internationales Recht durchaus ein wirksames Instrument darstellen könnten (S. 246).

Der Band enthält ein solides Sachregister, das auch belegt, dass, abgesehen von UNFCCC/Kyoto Protocol, Refugee und Human Rights Law, eine ex- und intensive rechtliche Durchdringung der Thematik bislang noch aussteht. Wen die ethische Verantwortung, in welcher Art und in welchem Ausmaß letztlich trifft, bildet ein "global issue", zu dessen Bewältigung sich auch deutsche Juristen aufgerufen fühlen sollten.

*Ludwig Gramlich*, Chemnitz

***Perritt, Henry J.: The Road to Independence for Kosovo. A Chronicle of the Ahtisaari Plan.*** New York: Cambridge University Press (2009), ISBN 9780521116244. 317 S. € 50,-/US\$ 85,-

In his book "The Road to Independence for Kosovo", *Henry Perritt* tells his personal story of how Kosovo became an independent state after more than a decade of violent tribulations, geopolitical machinations and diplomatic negotiations. The book is a welcome addition to the existing international law scholarship on Kosovo, which generally focuses on legal analyses of humanitarian intervention, international territorial administration, secession or self-determination (see only *C. Stahn*, International Territorial Administration in the former Yugoslavia: Origins, Developments and Challenges ahead, *ZaöRV* 61 (2001), 107; *C. Tomuschat* (ed.), Kosovo and the International Community, 2002; *E. de Wet*, The Governance of Kosovo: Security Council Resolution 1244 and the Establishment and Functioning of Eulex, *AJIL* 103 (2009), 83; *M. Bothe*, Kosovo – So What? The Holding of the International Court of Justice is not the Last Word on Kosovo's Independence, *GLJ* 11 (2010), 837. But see the historical account by *M. Weller*, *Contested Statehood: Kosovo's Struggle for Independence*, 2009.) In contrast, *Perritt's* book is not, and does not purport to be, a systematic legal analysis of these issues. Rather, it presents a rich empirical account of the

*ZaöRV* 72 (2012)

political uses and abuses of international law in global diplomacy, written from an insider's perspective and in the form of a personalized historical narrative.

The author, a professor of law at Chicago-Kent College of Law and a former high-ranking official in the *Ford* and *Clinton* administrations, has been deeply involved in Kosovo since 1998. He not only published law journal articles on the conflict and a book on Kosovo's Liberation Army (*H. Perritt, Kosovo Liberation Army: The Inside Story of an Insurgency*, 2008), but also wrote "You Took Away my Flag – A Musical About Kosovo", which premiered in Chicago in 2009. He had close contacts with the protagonists of international diplomacy, including UN envoy *Martti Ahtisaari* and the Kosovar leadership around *Hashim Thaçi*, but also interviewed more than one hundred ordinary Kosovar Albanians and Kosovar Serbs, scholars, guerillas and secret service staff. His book is thus mainly based on firsthand experience and not on secondary literature, as is indicated by the extensive acknowledgements which fill almost as much space as the rather tight bibliography. And *Perritt* does not fail to repeat that "I was there, and I felt the fear as law and order broke down" and "saw the SUVs burning, was confronted with riot police, and took pictures of the tear gas and tanks" (p. 11/13).

The book is organized in 16 Chapters that chronologically follow the political developments and the events on the ground from the late 1990s up to 2008. *Perritt* conceives of Kosovo's road to independence as a history of progress towards liberation from what Kosovo Albanians perceived as a sequence of foreign occupations by the Ottoman Empire, Serbia, "and finally by the United Nations". His own account of the "United Nations' first colony" conceptualizes international territorial administration under Security Council Resolution 1244 not as a legal regime of belligerent occupation, but rather as system of political trusteeship on behalf of the Kosovar people, designed to facilitate the exercise of self-determination "according to the will of the peoples of Kosovo" (p. 65).

*Perritt's* personal narrative sets in with the violent 2004 riots by Kosovo Albanians against the international presences and ethnic minorities that pressured international diplomacy into the ensuing status process. He interprets the events essentially as an "indisputably spontaneous" (p. 79) young people's rebellion, born out of frustration with international inaction in and on Kosovo, and exacerbated by Kosovars' own political impotence "under a colonial regime" as embodied by the UN administration (this view is contradicted by many observers who describe an increasing measure of organization at least with the further unfolding of the riots, cf. for instance the

hints in A. Wittkowski, *Grand Hotel Kosovo*, 2011, 100 ff.; E. Rathfelder, *Kosovo*, 2010, 346 ff.). The violence was seen to indicate the failure of the international strategy of “standards before status”, and hence former Finnish Prime Minister *Martti Ahtisaari* was appointed special envoy of the United Nations Secretary-General. *Ahtisaari* entered into protracted negotiations with Belgrade and Kosovo Albanian leaders, which resulted in his comprehensive plan for “supervised” independence of Kosovo. After Security Council endorsement of the *Ahtisaari*-Plan failed due to disagreements with Russia, Kosovo unilaterally declared independence in 2008, committing itself to the constitutional compromises imposed by the *Ahtisaari*-Plan.

*Perritt* ends his book with a sobering conclusion on the role of international law in the status process: even though it excluded some options and framed political discourse, international law played a limited role in channeling the interests of major powers into established international institutions and was rather “a cover for a political position, not its determinant” (p. 271). Nevertheless, for *Perritt* the status process was a success, as it represents the first major decision with respect to conflict in the Balkans made without sustained violence – a success attributable to careful diplomacy, strong leadership personalities and the determination of, namely, US foreign policy, but not the workings of international law.

In sum, *Perritt*'s book is a valuable resource not only for political scientists and international relations scholars, but also for international lawyers interested in the inner workings of global diplomacy, and the empirical role of legal discourse in it. In addition, *Perritt*'s detailed analyses of the key players' political positions enable a deeper understanding of the domestic and international motivations that shaped international (in)action on Kosovo. Namely EU lawyers may find that *Perritt*'s observations are an interesting case study of the Union's Common Foreign and Security Policy, which seems to have been largely motivated by EU-internal struggles and much less by considerations of the *Ahtisaari*-Plan's merits. Finally, *Perritt*'s colorful character studies and occasional anecdotes make the protagonists of world politics come alive, thus illustrating the importance of eminent personalities and of leadership in the making of the history of international law. All this makes *Perritt*'s book not only a good read and one of the most detailed studies of Kosovo's road to independence, but also complements well the existing, more doctrinally oriented legal scholarship in the field.

In terms of criticism, it is hard to argue here against *Perritt*'s well-made *political* case for Kosovo's independence, particularly since it is based on such an impressive amount of empirical material and inside information. Indeed, the central and well-made argument of the book is to show that

Kosovo's independence was inevitable as a matter of (political) fact, if not of law. In this, *Perritt* clearly sides with the Kosovo Albanian cause for most of the book, even placing controversial Kosovar leader *Hashim Thaçi* on a par with later Nobel Laureate *Martti Ahtisaari* or the German negotiator *Wolfgang Ischinger* ("the best diplomat of his generation") (p. 278). He finds little value in Belgrade's insistence on legal arguments and refusal to accept "political reality". At times *Perritt* seems to perceive international law as a conservative break on Kosovo's political aspirations, and for him "those who rested arguments on legalities [...] were politically predisposed against independence" (p. 271) and resisted "discussions of political reality, returning time and again to 'the law, the law, the law'" (p. 86).

A similar stance is evident in *Perritt's* perception of international organization: The fact that international diplomacy left the confines of the formality of law in the Security Council and turned to the informal diplomacy of the "Troika", thus eschewing the Russian veto, was for *Perritt* the key to the political success of the entire project, and not a possibly problematic form of delegalization, as criticized in some strands of international legal literature. Indeed, international organizations emerge from *Perritt's* account as merely convenient forums for the interaction of powerful states, whereas giving them autonomous executive functions, as with UNMIK, or assigning them a central or even hierarchizing role in the maintenance of peace and security, as with the Security Council, is prone to lead to ineffectiveness.

Politically justifiable as *Perritt's* argument may be, his essentially realist conception of international law and international organization is bound to prompt *legal* criticisms from more normatively oriented international lawyers fonder of global multilateralism. Such lawyers will find no fault in reverting to "the law, the law, the law" to back up a political position, and be more hesitant to accept the normativity of the factual. From that perspective, one may have wished for the entirely plausible arguments for Kosovo's independence not to be grounded so much in "the political reality", but more in the persuading and legitimizing force of legal argument. Such an argument is, after all, not impossible to make on the basis of concepts like the responsibility to protect, remedial secession and earned sovereignty, carefully elaborated elsewhere in secondary literature left largely aside in the book (For some pros and cons, see only *R. Muharremi*, Kosovo's Declaration of Independence: Self-Determination and Sovereignty Revisited, *Rev. Cent. & E. Eur. L.* 33 (2008), 401). *Perritt* does briefly recall these arguments, but one is left with the impression that they mostly play the same secondary role in the book that *Perritt* ascribes to international law generally in the status process. That is, of course, only consistent, and in line with

the general thrust of the book as a historical narrative. However, when assessing the overall convincingness of the book's case for Kosovo's independence, one may be forgiven for wondering what difference there is between *Perritt's* eloquent emphasis on political arguments, which favor his seemingly desired outcome, and ("predisposed") Serbian leaders' insistence on "the law, the law, the law", which tends to favor their preferred outcome.

All this is not to say that politics are empirically unimportant, or that they are necessarily a bad thing, or that they should always be predetermined by (international) law (on the necessary and proper interplay between politics and international law, see only *J. Klabbers*, *Constitutionalism Lite*, *International Organizations Law Review* 1 (2004), 31). But the necessary interplay of law and politics does not compel us to conceive of law as a mere "cover" for politics. And eventually, at least in one instance, *Perritt's* under-emphasis on the law seems to rest on a slight underestimation of the effectiveness of international legal process: assuming that the ICJ "will take years" to render its Advisory Opinion on Kosovo's Declaration of Independence (p. 226), *Perritt* places little hope in the pacifying and certainty-enhancing function of formal judicial dispute settlement in multilateral settings. Yet in reality, barely a year after the closure of written arguments, the ICJ had ruled on the question and found Kosovo's Declaration of Independence not to be illegal. Hence, with the benefit of hindsight, at least delays of justice do not seem to be as terribly good an argument to make against the significance of law in Kosovo's still winding road to fully recognized independence.

*Michael Riegner, Gießen*